

14.10.2004

An Herrn Minister  
Dr. Christoph Palmer  
CDU Kreisverband Stuttgart  
Theodor-Heuss-Str. 34  
70174 Stuttgart

### **GEZ-Gebühr für „Internet-PCs“**

Sehr geehrter Herr Dr. Palmer,

aus den Nachrichten habe ich von dem Beschluß der Ministerpräsidenten der Länder erfahren, die GEZ-Gebühr der öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten auch auf „Internet-Rechner“, „PCs mit Internet-Anschluß“ oder „Internet-fähige PCs“ auszuweiten. Der Beschluß muß nun den Landesparlamenten vorgelegt werden. Dazu habe ich einige Fragen:

In welchem Sinne und mit welcher Begründung war Ministerpräsident Teufel an diesem Beschluß beteiligt? Ich bitte Sie um eine Stellungnahme, wie Sie zu dieser Sache stehen. Werden Sie dafür oder dagegen stimmen?

Was ist ein Internet-Rechner im Sinne des o.a. Beschlusses? Ein Rechner mit analogem Modem, ISDN-Karte, Ethernet- oder USB-Schnittstelle, ein Vertrag mit einem Internet Service Provider oder einfach nur ein Telefonanschluß? Wenn ich in diesem Bereich keine GEZ-Gebühren bezahlen will, muß ich nun meinen Rechner abschaffen? Und damit auch meinen E-Mail-Anschluß oder die Möglichkeit Software-Updates herunterzuladen – Dinge, die überhaupt nichts mit Rundfunk zu tun haben? Welcher Rechner ist nicht „Internet-fähig“? Haben die „Ministerpräsidenten der Länder“ für die Tragweite ihres Beschlusses Augenmaß bewiesen?

Wer bekommt künftig die GEZ-Gebühren? Sind die öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten mein Internet Service Provider? Wenn diese Sendeanstalten für ihre Internet-Angebote Geld haben wollen, sollen sie dafür eine Zugangskontrolle einrichten und gegen Gebühr die Zugangsdaten vergeben. Auf das *gesamte* Internet mit seinen vielfältigen Diensten die GEZ-Gebühr zwangsweise zu erweitern ist unverhältnismäßig und deshalb unsinnig!

Das Internet wurde nicht speziell für staatliche Rundfunkanstalten geschaffen! Wenn diese dort Inhalte anbieten wollen, können sie das mit oder ohne Zugangskontrolle tun. Aber wenn diese Rundfunkanstalten mit Zwangsgebühren im Internet wildern, das ihre Angebote nicht braucht und dagegen weit mehr bietet, als es staatlichen Rundfunkanstalten möglich ist, dann haben diese im Internet nichts zu suchen!

Am Ende könnte auch der Vorschlag eingereicht werden, die Kfz-Steuer auf die Benutzung von Handy oder Mikrowelle auszuweiten? Das ist genauso an den Haaren herbeigezogen, wie die Internet-Erweiterung der GEZ-Gebühr!

Bitte stimmen Sie gegen diesen realitätsfernen Beschluß.

Ich bedanke mich im voraus für Ihre Stellungnahme und verbleibe mit freundlichen Grüßen